

Liebes Team des JuraForums,

seit über 25 Jahren fanden dank Euch zahlreiche interessante Diskussionen an der Juristischen Fakultät statt und so leistet Ihr einen wertvollen Beitrag zu einer lebendigen und pluralistischen Fakultät. Auch in diesem Jahr konntet Ihr erneut zahlreiche hochkarätige Expert*innen für eure Themenkreise gewinnen. Mit großer Verwunderung haben wir jedoch festgestellt, dass im kommenden JuraForum Cornelia Kaminski als Referentin vorgesehen ist.

Die Tagungsbroschüre zum Themenkreis „'My Body – My Choice?' Reproductive Selbstbestimmung im Fokus“ verspricht einen „differenzierten, fundierten Austausch“ abseits „der brisant-polemischen Kontroverse“ um das Thema. Kaminski nutzte als Vorsitzende des Vereins ALfA e.V. zahlreiche Gelegenheiten, um in dieser Debatte zu polemisieren und einen differenzierten und fundierten Austausch durch das Verbreiten von Falschinformation zu erschweren.

Im Folgenden legen wir dar, wieso Kaminski für eine konstruktive Debatte nicht nur ungeeignet, sondern auch schädlich ist und möchten gerne wissen:

1. vor welchem Hintergrund die Idee zur Einladung Kaminskis entstand,
2. ob und welche anderen Referent*innen zur Vertretung einer konservativen Position angedacht waren,
3. ob Ihr auf Basis der dargelegten Informationen plant, Kaminski wieder auszuladen und
4. was die Gründe für Eure Entscheidung sind, sofern eine Ausladung nicht vorgesehen sein sollte.

Wir bitten Euch um eine Antwort bis zum 23.05.2025 und bieten gerne an das Thema bis zu diesem Zeitpunkt nicht öffentlich zu bespielen. Kaminski agiert professionell, weiß mit Gegenwind umzugehen und wird diesen vermutlich nutzen wollen, um sich im Falle einer Ausladung in einer Opferrolle zu gerieren. Wir stehen für Rückfragen und einen vertraulichen Austausch jederzeit zur Verfügung und möchten in der Lösung dieser für Euch sicher nicht einfachen Situation unsere Unterstützung anbieten.

Polemisierung

In der Folge „Da werden Weiber zu Hyänen...“ aus ihrem Podcast „Life Talks“ kritisiert Kaminski eine Pressemitteilung vom Verein Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) zur Abschaffung des § 218 StGB und konstatiert: *„Die einzigen, die diese Diskussion wollten, sind die, die mit Abtreibungen ihr Geld verdienen und die, denen die Zerstörung*

der Familie ein Anliegen ist.“¹ Im Zusammenhang einer europäischen Initiative zur Unterstützung von Frauen, welche in ihrem Heimatland nicht abtreiben können, schreibt Kaminski von „Abtreibungstourismus“².

In Deutschland trat Kaminski mehrfach bei der von Beatrix von Storch, Birgit Kelle und Hedwig von Beverfoerde mitorganisieren sogenannten “Demo für Alle” auf,³ einer rechtspopulistischen Demo, deren Teilnehmer*innen, sich insbesondere gegen queeres Leben, wie bspw. die Ehe für alle oder das Adoptionsrecht für queere Paare einsetzen.⁴ Auf der “Demo für Alle” am 25. Juni 2017 sprach sich Kaminski unter anderem gegen Sexualkundeunterricht und gegen Aufklärung über sexuelle Vielfalt im Schulunterricht aus.⁵ Sie postulierte, dass sich „nicht heterosexuelle Lebensformen ausschließlich darüber definieren wie sie Sex haben, nämlich anders als andere Erwachsene.“

Falschinformation

Cornelia Kaminski behauptet, dass 30% der Abtreibungen Partnerinduziert seien.⁶ Ihre angeführte Quelle erhob diese Kennzahl jedoch gar nicht.⁷ Tatsächlich zeigt die Studienlage, dass der Anteil sich im einstelligen Prozentbereich bewegt.⁸

Mittlerweile verbreitet ALfA e.V. das vollumfänglich widerlegte Post-Abortion-Syndrome nicht mehr offen. Um den Anschein von Wissenschaftlichkeit zu wahren benannte man die Erzählung der angeblichen negativen psychischen Auswirkungen durch eine Abtreibung als Post-Abortion-Syndrome schlichtweg um und spricht nun etwa von „Hunderte[n] von Studien, die ein signifikant erhöhtes Risiko sowohl für das seelische wie auch für das körperliche Wohlbefinden der Frau belegen“ oder von „Evidenzen, dass einige Frauen nach Abtreibung objektivierbare Zeichen einer post-traumatischen Belastungsstörung aufweisen.“⁹

Kaminski ist zudem Landesvorsitzende der Christdemokraten für das Leben e.V. (CDL) in Hessen. In den Kurzinformativblättern des Vereins wird die Existenz des Post-Abortion-Syndromes weiterhin behauptet.¹⁰

¹ Minute 4:55: <https://open.spotify.com/episode/5tMoR7pPJhwoMGFwfYunqA?si=600afafbd482423c>

² <https://www.alfa-ev.de/nur-mittelmaessige-unterstuetzung-fuer-europaeische-abtreibungsinitiative/>

³ https://www.diskursatlas.de/index.php?title=Demo_f%C3%BCr_alle#:~:text=,30;
<https://www.youtube.com/watch?v=3FtF7zuO7PI>

⁴ <https://www.lsvd.de/de/ct/652-Demo-fuer-Alle-Rechtskonservative-Kampfbegriffe-und-Akteurinnen>

⁵ <https://www.youtube.com/watch?v=3FtF7zuO7PI>; <https://bundesverband-lebensrecht.de/ueber-uns/>

⁶ <https://www.alfa-ev.de/abtreibungszahlen-steigen-weiter-kaminski-wir-brauchen-endlich-eine-kinder-und-familienfreundliche-politik/>

⁷ https://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/32374/1/Dissertation_Dienerowitz_2021.pdf

⁸ https://www.guttmacher.org/sites/default/files/article_files/4411712.pdf;

<https://www.theguardian.com/australia-news/2024/sep/22/one-in-20-australian-adults-found-to-have-suffered-reproductive-coercion-and-abuse?>

⁹ <https://www.alfa-ev.de/wp-content/uploads/2021/04/Die-Turnaway-Studie-Volltext.pdf>

¹⁰ <https://cdl-online.net/spat-abtreibung/31>

MAGA Unterstützung

Kaminski ist eine von 30 Unterzeichner*innen eines Dankschreibens an Donald Trump vom 13. Februar 2025.¹¹ Darin fällt folgende Aussage: „*Voters in the 2024 election have expressed a mandate to return to commonsense in government.*” Unter dem Mantel des “commonsense” legitimieren die Unterzeichner*innen damit die Axt, welche Trump an Rechtsstaatlichkeit und Demokratie anlegt.

Weiter heißt es: „*The same commonsense that rejects gender insanity, which denies that a man is a man or a woman is a woman, should likewise reject abortion insanity, which denies that a baby is a baby.*” Diese sprachliche Entgleisung veranschaulicht die Feindseligkeit, mit welcher Kaminski nicht nur politischen Gegnern, sondern auch Transgender und non-binären Menschen gegenübertritt.

Verdacht auf pflichtwidrige nicht-Eintragung ins Lobbyregister

Nach Recherchen von NDR und BR soll der ALfA e.V. mehrfach Postkarten und sein Vereinsmagazin an Abgeordnete des Bundestages geschickt haben ohne sich in das verpflichtende Lobbyregister einzutragen.¹² ALfA e.V. ist Mitglied im Bundesverband Lebensrecht e.V., welcher ebenso unaufgefordert Postkarten an Abgeordnete versandt hat. Die zwischenzeitlich erfolgten Eintragungen sind nach Ansicht von Lobbycontrol unplausibel.¹³ Gegen den Bundesverband Lebensrecht e. V. läuft wegen der verspäteten Eintragung ein Ordnungswidrigkeitenverfahren.

Fazit

Wir kritisieren nicht nur die politischen Positionen Kaminskis, sondern vor allem ihre Einladung auf ein Podium mit wissenschaftlichem Anspruch.

Cornelia Kaminski ist sich für keine Falschbehauptung und für keinen Schulterchluss mit Antidemokraten zu schade und ihr Verein scheint gegen Lobbying Gesetze zu verstoßen. Mit ihrer Einladung zum renommierten JuraForum adelt man ihre den demokratischen Diskurs untergrabenden Methoden und verweigert abtreibungskritischen Akteur*innen, welche dazu in der Lage sind eine fachlich fundierte Debatte ohne Desinformation zu führen, diesen Raum.

Vor dem Hintergrund der vielschichtigen rechtlichen und ethischen Fragestellungen in diesem Themenfeld wäre das eine verpasste Chance – und ein falsches Signal an Studierende und Öffentlichkeit gleichermaßen.

Viele Grüße

Kritische Jurist:innen Münster

¹¹ <https://www.priestsforlife.org/library/10457-prolife-leaders-thank-Trump-Admin>

¹² <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/schwangerschaftsabbruch-paragraf-218-lobbyregister-100.html>

¹³ <https://www.lobbycontrol.de/pressemitteilung/zur-abstimmung-von-paragraf-218-stgb-hinweise-auf-intransparentes-lobbynetzwirk-der-abtreibungsgegner-119725/>